

Attacke mit Machete

Berlin: Zwei 19jährige Linke von Ultrarechten angegriffen. Eine Geschädigte ist Mitglied bei sozialistischem Jugendverband

Von David Siegmund-Schultze

In der Nacht zu Mittwoch vergangener Woche haben Neonazis zwei 19jährige Linke in Berlin-Friedrichshain mit einer Machete angegriffen. Um halb zwei Uhr nachts kamen die beiden aus der Kneipe »Supamolloy«, als sie auf die Angreifer trafen. Zunächst soll es zu Beleidigungen gekommen sein, wie aus einer Mitteilung des sozialistischen Jugendverbands Internationale Jugend (IJ) und den Angaben der Polizei hervorgeht. Daraufhin schlug einer der Angreifer mit der Machete – noch mit der Schutzhülle – auf den Kopf des Geschädigten. Der Täter soll anschließend die Schutzhülle abgezogen haben und der zweiten Geschädigten, die aktives Mitglied der IJ ist, mit der Waffe auf den Kopf gezielt haben – als diese die Arme hochriss, habe sie einen Schnitt über beide Unterarme erlitten, der bis auf die Knochen ging.

Der Angriff endete den übereinstimmenden Angaben zufolge, als mehrere Personen aus der Kneipe zu Hilfe eilten. Daraufhin flohen die Täter und riefen dabei »scheiß Punker« und »Sieg Heil«. Die Berliner Polizei meldete, dass sie unerkant geblieben seien und der Staatsschutz die Ermittlungen übernommen habe. Die Geschädigten wurden in ein Krankenhaus gebracht und konnten versorgt werden.

»Dieser Angriff ist kein Einzelfall und kein isoliertes Ereignis. Er ist klar einzuordnen in das Erstarken der faschistischen Bewegung und den Anstieg rechter Gewalt in den letzten Jahren«, heißt es in einer Stellungnahme der IJ auf Instagram. »Das ist eine neue Qualität: Neonazis schrecken nicht davor zurück, den Tod politischer Gegner in Kauf zu nehmen«, ergänzte Leonie Mirkos von der IJ am Dienstag im Gespräch mit jW und verwies darauf, dass nur wenige Stunden vor dem Angriff der Sprecher der Gewerkschaft der Polizei von Linken als »Krebsgeschwür« gesprochen hatte.

Die Zahl »rechts motivierter Straftaten« ist laut Angaben der Polizei in den Jahren 2024 und 2025 im Vergleich zu den Vorjahren stark gestiegen. 2024 wurden 42.788, im Folgejahr 41.072 Straftaten registriert, wobei noch Nachmeldungen folgen können. 2023 waren es noch 28.945 gewesen. Davon waren der Polizei zufolge im vergangenen Jahr 1.521 »rechts motivierte Gewaltdelikte«.

Die polizeiliche Statistik zur »politisch motivierten Kriminalität« weist jedoch erhebliche Mängel auf. So erfolgt die Einordnung des politischen Motivs einer Tat durch die vor Ort ermittelnden Beamten und ist von deren Kenntnissen zu szenetypischen Codes und politischen Einstellungen abhängig. Spätere

Erkenntnisse werden dagegen in der Statistik meist nicht berücksichtigt, wie es in einem Beitrag der NGO Mediendienst Integration von Anfang März heißt. Darin wird außerdem darauf hingewiesen, dass zur Aufnahme in der Statistik die rechte politische Motivation als »tatauslösend« eingestuft werden muss, was schwer festzustellen sei.

Die tatsächliche Zahl rechter Angriffe ist also bedeutend höher, als aus der Polizeistatistik zu entnehmen ist. Die Opferberatungsstellen haben für 2024 3.453 Angriffe dokumentiert, wie sie in ihrer Jahresbilanz Mitte 2025 berichteten. Im Vergleich: Die Polizei zählte in dem Jahr 1.488 Fälle. 2024 sei es laut den Beratungsstellen in der Bundesrepublik zu durchschnittlich neun Angriffen pro Tag gekommen. 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Bei mehr als der Hälfte der Taten sei Rassismus das dominante Tatmotiv gewesen, Attacken auf »politische Gegner« seien um zwei Drittel im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Auch die queerfeindlich motivierten Angriffe haben demnach um 40 Prozent zugenommen.

Die Folgen der »Brutalität und Menschenverachtung« seien für die Angegriffenen dramatisch, heißt es in der Jahresbilanz: »jahrelange Ermittlungsverfahren, anhaltende Bedrohungen nach rassistischen Angriffen von Nachbar*innen, erzwungene Arbeits-, Ausbildungsplatz-, Schul- und Wohnortwechsel bis hin zur Aufgabe von politischen Mandaten.« Polizei und Justiz kommen dabei dem Wunsch der Betroffenen nach »vollständiger Aufklärung« zu oft nicht hinreichend nach, wird die Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız in der Stellungnahme zitiert.

Die IJ zieht daraus ihre eigenen Schlüsse: »Seit Jahren trainieren Faschisten öffentlich in Berlin Angriffe auf Linke und Migrantinnen und Migranten. Die AfD schafft zudem eine gesellschaftliche Stimmung, in der die faschistische Bewegung weiter wachsen kann. Wir wissen, dass Politik und Polizei uns nicht vor diesen schützen. Nur das Zusammenstehen als Antifaschistinnen und Antifaschisten kann solche Angriffe in Zukunft verhindern und den Faschisten ihre Bewegungsräume nehmen«, heißt es in der Stellungnahme der Organisation. Sie ruft zu einer Demonstration am kommenden Sonntag am U-Bahnhof Frankfurter Tor auf, »um Solidarität mit den Betroffenen und Widerstand gegen die faschistische Bedrohung zu zeigen«.

<https://www.jungewelt.de/artikel/520261.ultrarechte-gewalt-attacke-mit-machete.html>